

Beschluss der CDU Baden-Württemberg auf dem 44. Landesparteitag in Rust

Resolution Sicherheit und Freiheit

Die schrecklichen Terroranschläge gegen die USA haben in der ganzen Welt Bestürzung, tiefe Trauer und Anteilnahme ausgelöst, sie haben auch gezeigt, wie verletzlich Demokratien und Rechtsstaaten sind. Die Anschläge in New York und Washington waren nicht nur Angriffe auf die USA. Es waren Anschläge auf die gesamte zivilisierte Welt, auf Freiheit und Demokratie, auf unsere offene Gesellschaft und auf unsere freiheitliche Lebensart.

Wir stehen einer neuen Dimension der Bedrohung unserer Sicherheit gegenüber. Die jüngsten Erfahrungen lehren uns, dass die klare Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit keine Gültigkeit mehr hat. Terroristen sind heute in der Lage, von jeder Region dieser Erde aus Angriffe gegen jede Nation der Erde zu führen. Die Gefahr droht von außen wie von innen; sie ist unter uns. Die menschenverachtende Art und Brutalität der Anschläge hat noch vor Kurzem jenseits unserer Vorstellung gelegen; heute ist sie beängstigende Realität.

Es ist die gemeinsame Aufgabe der zivilisierten Welt, mit allen erdenklichen rechtsstaatlichen Mitteln, den weltweit operierenden Terroristen das Handwerk zu legen. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, den Sumpf auszutrocknen, aus dem der Terrorismus wächst.

Wir unterstützen den besonnenen und entschlossenen Einsatz der USA und fordern eine weltweite Sicherheitsallianz gegen den internationalen Terrorismus. Die Täter müssen gestellt und zur Rechenschaft gezogen werden. Deutschland muss seinen Beitrag dazu leisten.

II.

Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar. Es ist daher die erste Aufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten, damit sie in Frieden und Freiheit leben können. Wer Sicherheit gegen Freiheit ausspielt, wird am Ende beides verlieren. Die Ereignisse vom 11. September 2001 haben eine neue Dimension terroristischer Bedrohung aufgezeigt, die neue Antworten erfordert. Wir müssen sofort und entschlossen handeln. Der Preis unserer Freiheit ist die Wachsamkeit. Sie zu erhöhen, muss das Ziel der künftigen Sicherheitspolitik sein.

Die neuen Herausforderungen an unsere Sicherheit zwingen uns zu einer neuen Sichtweise und zu veränderten Schwerpunkten bei den Aufgaben des Staates. Unser Gemeinwesen wird mehr Einsatz für die innere und äußere Sicherheit aufbringen müssen, als uns bisher notwendig erschien. Das betrifft nicht nur Menschen, Wissen, Geld und Strukturen, sondern vor allem auch eine unzweideutige und entschlossene politische Rückendeckung für die Menschen, Einrichtungen und Institutionen, denen wir unsere Sicherheit anvertrauen.

Unsere Sicherheitskräfte müssen mit dem notwendigen rechtlichen und materiellen Instrumentarium ausgestattet werden, um erfolgreich in die Strukturen des staatlichen und nichtstaatlichen Terrorismus eindringen zu können. Sie müssen in die Lage versetzt werden, die erkannten Gefahren auch wirksam bekämpfen zu können - bevor aus den drohenden Risiken wirkliche Schäden werden. Der beste rechtsstaatliche Schutz ist die Prävention, nicht die Schadensbegrenzung.

Eine wehrhafte Demokratie muss es ihren staatlichen Organen erlauben, das Notwendige wissen zu dürfen. Datenschutz ist wichtig, er darf aber nicht zu Täterschutz werden. Nicht länger hinnehmbar ist es, dass die staatlichen Stellen das vorhandene sicherheitsrelevante Wissen nicht einmal zur Gefahrenabwehr austauschen dürfen. Der Staat darf sich nicht unwissender stellen, als er ist.

III.

In Deutschland ist kein Platz für Terroristen. Deshalb muss die innere Sicherheit ein wesentlicher Gesichtspunkt im gesamten Ausländer- und Asylrecht werden. Das nationale Interesse an Schutz vor Kriminalität und Terrorismus muss im Vordergrund

stehen. Wer eine Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland darstellt und schwerste Straftaten begeht, darf nicht durch deutsches Asylrecht geschützt sein. Bei der Visa-Erteilung muss eine eindeutige Identitätsfeststellung erfolgen. Wir haben ein Recht darauf zu wissen, wer zu uns kommt.

Die überwältigende Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime verurteilt terroristische Gewalttaten genauso wie ihre deutschen Landsleute. Alle hier lebenden Menschen müssen es unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem religiösen Bekenntnis als ihre Pflicht begreifen, gegenüber unserem Staat und unserer Gesellschaft loyal zu sein.

Die CDU Baden-Württemberg begrüßt, dass gerade auch islamische Glaubensgemeinschaften die Terroranschläge verurteilen und sich von ihnen distanzieren. Wir wollen weder einen Kampf der Kulturen noch der Religionen.

Wir wollen keine Parallelgesellschaften. Die Integration der rechtmäßig hier lebenden ausländischen Mitbürger ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Integration ist keine Einbahnstraße und setzt voraus, dass Integrationsangebote auch angenommen werden. Integration und Integrationsbereitschaft sind das Gebot der Stunde. Wer die Werteordnung unseres Grundgesetzes nicht anerkennt, kann nicht auf Dauer bei uns bleiben. Die Einbürgerung muss am Ende der Integration stehen. Bei der Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft müssen die deutschen Belange in Zukunft besser berücksichtigt werden.

IV.

Die Sicherheit Deutschlands ist von der Sicherheit Europas nicht mehr zu trennen. Der Kampf gegen den Terrorismus muss mehr denn je ein vorrangiges Ziel der EU sein. Wir brauchen einen europäischen Sicherheitsraum, in dem nationale Grenzen die Gewährleistung von Sicherheit und die Verfolgung von Straftätern nicht weiter behindern. Gleichzeitig benötigen wir eine neue Sicherheitsphilosophie und -architektur unserer eigenen Sicherheitskräfte.

Da die Strukturen des Terrorismus mit der organisierten Kriminalität und staatlichen Aktivitäten verwoben sind, muss das Sicherheitsnetz von Polizei und Diensten in Bund und Ländern sowie zwischen Sicherheits- und anderen Behörden des Staates enger geknüpft werden.

Sicherheit wird letztlich nur dort zu finden sein, wo Friede herrscht. Der Friede wiederum ist auch das Ergebnis gerechter Verhältnisse. Hunger und Elend sind eine ständige Mahnung. Wer für den Frieden kämpft, muss auch gegen Hunger und Elend kämpfen. Deshalb sind Katastrophenhilfe und Entwicklungshilfe ebenfalls das Gebot der Stunde. Die Hilfe zur Selbsthilfe muss verstärkt werden.

V.

Die baden-württembergische Landesregierung handelt in ihrem Verantwortungsbereich gezielt und entschlossen. Die CDU Baden-Württemberg begrüßt und unterstützt das „Anti-Terror-Sofortprogramm“ der Landesregierung. Mit ihrer Bundesratsinitiative vom 12.10.2001 hat die CDU-geführte Landesregierung darüber hinaus den Kurs für eine nachhaltige und erfolgversprechende Bekämpfung des Terrorismus auf Bundesebene vorgegeben.

Die CDU muss das Thema innere und äußere Sicherheit nicht erst für sich entdecken. Über Jahrzehnte hinweg wurde der Auf- und Ausbau der Polizei, der Sicherheitsdienste im Bund und in den Ländern sowie der Bundeswehr vorangetrieben. Wir sind verlässlicher Partner der NATO. Die CDU im Bund und in den Ländern war, ist und bleibt auch in Zukunft die Partei der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Die Richtigkeit dieses Kurses zeigt sich heute in aller Deutlichkeit. Wir müssen handeln, besonnen und entschlossen zugleich.

Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus erfordert das Zusammenrücken und das entschlossene Handeln aller demokratischen Parteien. Die CDU Baden-Württemberg ist zur Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg bereit.